

LANDESPRESSEKONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG

50 Jahre LPK – Feierstunde im Landtag am 9. Februar

Heribert Prantl,

Ressortchef der Süddeutschen Zeitung, sprach zum Verhältnis von Politik und Medien:

Verehrter Herr Ministerpräsident, Herr Landtagspräsident, lieber Herr Vorsitzender der Landespressekonferenz, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es sind hier in diesem Saal diejenigen versammelt, um die es in meinem Thema geht: Politiker und Journalisten. Es geht mir um das Verhältnis der Staatsvertreter zu den Medienvertretern, um das Verhältnis Politik und Medien, auch um das, was Pressefreiheit heute bedeutet.

Pressefreiheit, meine Damen und Herren, da sollte man sich nichts vormachen, Pressefreiheit interessiert eigentlich heute keinen mehr. Die Pressefreiheit steht zwar im Grundgesetz, aber im Grundgesetz steht bekanntlich viel, was nicht unbedingt zu den heutigen Herzensanliegen zählt. Da steht zum Beispiel der Satz: Eigentum verpflichtet. Oder der Satz, dass die Streitkräfte zur Verteidigung da sind. Und all das ist, wenn wir die aktuellen Nachrichten verfolgen, durchaus nicht mehr selbstverständlich. Und so ist es auch nicht mehr selbstverständlich, was es mit der Pressefreiheit auf sich hat.

Ist es denn Pressefreiheit, wenn Zeitungen sich darüber auslassen, ob sich der Kanzler die Haare färbt? Ist es Pressefreiheit, wenn sie über das Ehe- und Privatleben eines Politikers und über angebliche private Affären schreiben? Ist es Pressefreiheit, wenn sich Presse, Rundfunk und Fernsehen zum Schoßhund der Mächtigen machen? Wenn sie als Lautsprecher funktionieren? Oder wenn sie wie vor eineinhalb Jahren den Leuten die Botschaften glauben machen, die Ihnen die Herren der Administration Bush verkünden, dass Saddam weg müsse, koste es was es wolle, weil er Atomwaffen und sonstige gefährlichste Massenvernichtungswaffen horte?

Das Grundsätzliche sollte ein Hauptthema der Medien sein, zumindest ein wichtiges Thema, aber sehr oft geht es in den Medien eher um das Inszenatorische. Aber auch der politische Journalismus schaut oft so ähnlich aus wie eine Theaterkritik. Denken Sie nur daran, wie heutzutage oft über Parteitage berichtet wird. Aber die Politik darf sich darüber gewiss nicht beklagen. Sie legt es darauf an, sie will es so. Und sie beklagt es nur ausnahmsweise, dann nämlich, wenn es ihr nicht passt, wenn es ihr also nicht nutzt.

Das Sprichwort sagt: wer sich in Gefahr begibt, der kommt drin um. Ist das eine Entschuldigung für die Zeitungen, die eine angebliche Ehekrise des Bundeskanzlers abhandeln? Ist die

Öffentlichkeit, in die sich jeder Spitzenpolitiker begibt, eine Gefahr, in der der Schutz seiner Privat- und Intimsphäre zwangsläufig umkommt? Muss sich einer, der im Licht der Öffentlichkeit steht, von der Medienöffentlichkeit alles gefallen lassen? Muss er sich gefallen lassen, dass Gerüchte über ihn verbreitet werden? Muss er es sich vielleicht schon deshalb gefallen lassen, weil er, wenn er sich dagegen wehrt, diese Gerüchte nur noch weiter publik macht? Ist der komplette Verlust der Intimsphäre Preis der Politik? Gehört zum Preis, den Spitzenpolitiker zahlen müssen, dass andere mit Geschwätz über ihn Geschäfte machen?

Natürlich kann sich ein Spitzenpolitiker wehren, natürlich hat auch ein Spitzenpolitiker ein Recht auf Privat- und Intimsphäre, natürlich gilt der Artikel eins des Grundgesetzes auch für einen Spitzenpolitiker. Auch die Würde eines Politikers ist unantastbar. Aber was bringt so ein Satz, wenn ein Politiker im Versuch sich zu wehren, das Gerücht, das er unterbinden will, nur noch weiter ausbreitet? Was bringt so ein Satz, wenn dann nicht nur drei oder vier Zeitungen das Gerücht verbreiten, sondern ein paar hundert Zeitungen, Radio- oder Fernsehsender melden, dass sich der Kanzler oder der Ministerpräsident gegen ein Gerücht wehrt und dabei jede dieser 20, 40 oder 100 Zeitungen - genüsslich oder nicht - dieses Gerücht vermelden?

Meine Damen und Herren, über den früheren französischen Staatspräsidenten François Mitterrand wurden die unglaublichsten Gerüchte verbreitet: Frauengeschichten, Korruptionsgeschichten. Er hat sich nie dagegen gewehrt, er hat nie etwas dagegen unternommen. Er wusste wohl auch warum. Ein guter Teil der Geschichten hat gestimmt. Mitterrand genoss einen schillernden Ruf, er war ein Jongleur, und die französische Öffentlichkeit hat das akzeptiert und respektvoll beschmunzelt.

In Deutschland ist das anders. Es ist nicht zuletzt anders geworden, weil deutsche Politiker, der gegenwärtige Bundeskanzler zumal, ihr Privatleben sehr bewusst öffentlich gemacht haben. Sie haben anders als ein Mitterrand mit ihrem Privatleben für ihre Politik geworben. Das hat, um Namen zu nennen, Schröder als Ministerpräsident mit seiner damaligen Ehefrau gemacht, das machte er als Bundeskanzlerkandidat und als Bundeskanzler mit seiner jetzigen Ehefrau. Das heißt: Er politisiert seine Ehe. Das macht ihn rechtlich nicht schutzlos. Aber es macht ihn auf perfide Weise angreifbar, weil Schlüssellochgucker so tun können, als sei ihr Voyeurismus ein Bestandteil der notwendigen Politikbeobachtung und daher von der Pressefreiheit geschützt. Das ist natürlich Unsinn. Aber solch ein Unsinn kommt nicht von ungefähr.

Es gibt, und jetzt möchte ich diese Beobachtungen generalisieren, es gibt merkwürdige Symbiosen zwischen einer öffentlichen Figur und den Medien, Symbiosen, die allmählich auch in der Politik Einzug halten. Ein besonders tragischer Fall - und damit lenke ich erst mal auf ein anderes Geleis - einer solchen Symbiose zwischen einer öffentlichen Figur und den Medien war der Fall der englischen Prinzessin Diana. Er zeigte, wohin im Extremfall eine solche Symbiose führen kann- zum tödlichen Crash.

Wie sah im Fall Diana die Symbiose öffentliche Figur/Medien aus? Diana entwickelte im Lauf der Zeit ein Geschick dafür, Bilder von sich zu entwerfen, die sie so zeigten, wie die Leute sie sehen sollten. Der Ressortleiter einer großen britischen Zeitung hat einmal erzählt, wie Diana das berühmte Bild arrangiert hat, dass sie liebeskrank vor dem weltweit größten Denkmal der Liebe zeigte, dem Tadsch Mahal. Sie wusste genau, wie die Öffentlichkeit dieses Bild lesen wird. Dieses Bild brachte ihr dann, das war in der Zeit ihrer großen Ehekrise, große Sympathien ein und veranlasste das Publikum den Prinzen Charles noch weniger zu mögen als vorher. Dieses

Bild der Diana vor dem Tadsch Mahal war zusammen mit vielen anderen Bildern eines, das die virtuelle Figur Diana erzeugt hat. Eine Figur, die mit der realen Figur Diana nichts mehr oder jedenfalls nicht mehr viel zu tun hatte. Man kann Parallelen ziehen zu der Art und Weise, wie sich wichtige Politiker in der Öffentlichkeit darstellen.

Jetzt komme ich zur Wechselwirkung zwischen der Person des öffentlichen Interesses und den Medien. Diana hat ihre verhasste Rolle als Frau an der Seite von Charles nur aufgeben können, indem sie aller Welt kundgetan hat, wie er und sie immer wieder gegen ihre Rollen verstoßen haben. Das heißt also: Sie hat die Medien und die Öffentlichkeit zum Komplizen ihres Privatlebens gemacht. Diese Öffnung des Privatlebens zwecks geschöner Darstellung der Wirklichkeit hatte aber zur Folge, dass der Komplize - die Öffentlichkeit und ihre vermeintlichen Handlanger, die Boulevardjournalisten - ständig neue Neuigkeiten eingefordert haben. Das heißt also: Diana benutzte die Medien, und die Medien benutzten sie. Jetzt bin ich bei der Wechselwirkung, die ich ansatzweise auch im politischen Bereich sehe. Und diese Spirale zog sich in diesem Fall immer enger und immer enger, und dieser Strudel drehte sich immer schneller und immer gefährlicher.

Solche Entwicklungen, meine Damen und Herren, gibt es auch in der Vermarktung von Politik. Es entwickelt sich deshalb eine Art politischer Paparazzismus. Mit juristischen Mitteln erreicht man bei dem Versuch, es wieder einzudämmen, wenig. Besser ist es den Anfängen zu wehren, das bedeutet: Politiker sollten sich bei der Demonstration von Privatheit zu politischen Zwecken zurückhalten. Wer an die Personality-Geschwätzigkeiten, wer an die echten oder vermeintlichen Kleinskandale von Politikern, an die Miles-and-More-Affären, an dienstlich abgerechnete Friseurbelege und ähnlichen Kram denkt, die in der Medienöffentlichkeit wie Staatsaffären behandelt werden, derweilen, wie vor anderthalb Jahren, ein hochgefährlicher Irak-Krieg in Szene gesetzt werden kann, der mag sich fragen, wozu und zu welchem Ende dient die Pressefreiheit?

Darauf gibt uns wie so oft im Leben das Bundesverfassungsgericht die verbindliche und die rechtskräftige Auskunft. Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse sei ein Wesenselement des freien Staates, schrieb das Bundesverfassungsgericht 1965. Die Presse sei ein ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Pressefreiheit, das schwingt in diesen Karlsruher Sätzen mit, war einst ein demokratisches Zauberwort. Was die blaue Blume für die romantische Literatur war, das war vor gut 170 Jahren für die ersten deutschen Demokraten des Hambacher Festes die Pressefreiheit. Sie, die Pressefreiheit, war der Inbegriff der Aufklärung, der Inbegriff für Kritik, sie war ein Synonym für den Kampf gegen die alte Ordnung.

Heute im 55. Jahr des Grundgesetzes, ist sie ein einbalsamiertes Grundrecht. Sie ist prächtig präpariert von den Verfassungsrichtern in Karlsruhe, so dass sie fast aussieht wie lebendig. Aber nur fast. Von Zeit zu Zeit wird das Tier abgestaubt, der Biologielehrer stellt es vor der Klasse auf und erzählt dann, was das Tier gemacht hat, als es noch gelebt, gejagt und gefressen hat. Manchmal geschieht ein Wunder, dann wird die Pressefreiheit gefährlich lebendig. Dann rückt sie den Mächtigen nahe, dann entdeckt sie einen wirklichen Skandal wie den Spendenskandal Kohl oder den Schwarzgeldskandal der hessischen CDU oder die Müll- und sonstigen Affären der SPD in Nordrhein-Westfalen. Aber so ein Skandal hält nur für gewisse

Zeit, denn alsbald wird schon wieder, wie es im Journalisten-Jargon heißt, eine andere Sau durchs Dorf getrieben. Es fehlt in der Politik wie in den Medien der lange Atem.

Es wird viel, auch in den Grußworten ist dies angeklungen, es wird viel über die Personalisierung der Politik geklagt. Darüber also, dass die Medien sich in die Beschreibung von Äußerlichkeiten flüchten. Vielleicht ist dies tatsächlich eine Flucht, eine Flucht vor der Komplexität der echten Probleme, eine Flucht vor der Globalisierung, der Unüberschaubarkeit der Schwierigkeiten der sozialen Sicherungssysteme, vor allen Großthemen, die schon für die Fachleute heute kaum noch überschaubar sind. Da wird dann das Persönliche zur Erholung, und dann wächst das Verlangen, das Komplexe, auch das Schwierige wenn überhaupt, dann mit dem Schokoladenüberzug des Persönlichen serviert zu bekommen. Manchmal ist der Schokoladenüberzug aus Zartbitter.

Die Monate der Parteispenskandale haben uns wieder etwas gezeigt, an das ich jedenfalls schon nicht mehr richtig zu glauben gewagt hatte: die Aufklärungs- und die Aufdeckungsmacht der Presse, ihre auch im Vergleich zur Strafjustiz, die ich aus meiner früheren Tätigkeit ganz gut kenne, auf dem Feld der Politik überlegene Aufdeckungskompetenz.

Ich denke, die politischen Krisen mit strafrechtlichem Einschlag sind nicht wirklich gefährlich. Gefährlich für die Demokratie wäre das Scheitern ihrer Bewältigung. Die großen Skandale sind ja immerhin ein Beleg dafür, dass das Kehren unter den Teppich nicht so leicht und jedenfalls nicht auf Dauer gelingt. Gefährlich wird es aber dann, wenn man aus der Krise wieder so herausgeht, wie man in sie hineingegangen ist. Wenn also wieder, wie einst nach den Flickaffären viel versprochen, aber wenig gehalten wird. Hier haben die Medien eine wichtige Aufgabe, nämlich Moderator und Motor für Veränderungen zu sein. Zum Beispiel dabei, dass ebenso effektive wie strenge Vorschriften zur Parteienfinanzierung erlassen werden. Das ist vielleicht noch wichtiger, als das Aufdecken. Bei der Aufdeckung und Aufbereitung von Parteispenskandalen hat die Presse ihre Aufgabe exemplarisch und gut erfüllt. Wenn so etwas gelingt, dann sind das Sternstunden.

Die Sternstunden sind aber nicht der Alltag. Im Alltag gab und gibt es Gefährdungen, die auch dem seriösen Journalismus drohen. Es gab in Bonn und es gibt jetzt in Berlin, und dort noch schlimmer, viel schlimmer als in der alten Hauptstadt, ein inzüchtiges System zwischen Politik und Journalismus. Es existiert eine Art Symbiose von Presse und Politik. Es gibt, ich denke, man muss es so sagen, es gibt subtile Formen des Gebens und Nehmens. Und dabei gelten besondere Gesetze. Wer als Journalist große Nähe zur Politik schafft, der zensiert sich möglicherweise selbst. Wer zu große Distanz schafft, der erfährt nichts.

Das Problem ist wirklich nicht neu, es ist alt. Die ergrauten Kollegen erinnern sich an Herbert Wehners Morgenandachten mit Journalisten oder an die berühmten Teegespräche bei Konrad Adenauer. Das, hat der Kanzler Adenauer dann auch schon mal befohlen, das will ich aber morgen nicht in der Zeitung lesen. Einen derartigen Wunsch zu äußern, war sicherlich sein gutes Recht, wie es auch das Recht der Teilnehmer gewesen ist, hinzugehen oder fernzubleiben. Die Frage, die im Berlin von heute noch die nämliche ist wie im Bonn von damals, lautet: Darf es sich ein Journalist in der Bundeshauptstadt, der etwas gelten und einiges leisten will, erlauben, an Hintergrundgesprächen, die ja zuweilen auch der Knebelung von Informationen dienen, nicht teilzunehmen - damals bei Adenauer und Wehner, heute bei Schröder, Fischer und Merkel.

Das Vertrackte für politische Journalisten ist, dass sie die Nähe zur Politik suchen und zugleich Distanz von ihr halten müssen. Je näher man den entscheidenden Leuten ist, desto besser weiß man Bescheid. Aber man ist ihnen nur nah und man weiß nur dann gut Bescheid, so lange die Gesprächspartner darauf vertrauen können nicht ungebührlich ausgenutzt zu werden. Geschwätzigkeiten, Durchstechereien und das Aufblasen von Kleinigkeiten, das hat es schon immer gegeben. Eindeutig aber hat die symbiotische, manchmal von beiden Seiten parasitäre Beziehung zwischen Politik und Medien seit dem Antritt von Rot-Grün eine neue Dimension angenommen. Ich denke, es hängt nicht nur mit Rot-Grün zusammen, sondern in erster Linie mit Berlin und mit der dortig gewaltig gewachsenen Journalistenzahl. Die Differenzen in Koalition und Kabinett werden bisweilen so sehr auf dem offenen Markt ausgetragen, dass sich die Kompetenz vieler Korrespondenten beim Aufspüren der Streitpunkte auf die Fähigkeit der Bedienung eines Telefons beschränken kann.

Auf der Seite der Medien kommen, das muss man ganz selbstkritisch sagen, zwei Krankheiten hinzu: erstens die Exklusiveritis und zweitens die Lust am Krakeelen. Zu Krankheit Nummer eins, der Exklusiveritis. In Radio, Fernsehen und Printmedien gilt heute eine Meldung, die kein anderer hat, in der Regel sehr viel mehr als ein abwägendes und erklärendes Stück. Weil die Zahl der Exklusivgeschichten aber naturgemäß begrenzt ist, führt dies zu einer besonderen Art von journalistischer Kreativität.

Ein Exempel, ich nehme es vorsichtshalber aus der vergangenen Legislaturperiode: Wenn im ersten Jahr von Rot-Grün über die Vermögenssteuer debattiert wurde, schlug man sein Verzeichnis der üblichen Verdächtigen in der SPD auf und schon bevor man mit diesen üblichen Verdächtigen gesprochen hatte, wusste man, dass hinterher die Schlagzeile „Streit in der SPD geht weiter“ oder „spitzt sich zu“ berechtigt sein wird. Am nächsten Tag reagieren darauf andere, darunter vielleicht der Kanzler, und so entstanden aus vier Telefonaten oder zwei Morgeninterviews Ermahnungen im Präsidium, neue Stellungnahmen, Forderungen der Fraktionen, Machtworte, also Politik.

Meine Damen und Herren, „niemand fordert von der Politik, dass sie in sich folgerichtig ist. Widersprüche der Politik sind ohne weiteres zu ertragen. Die Politik verkündet den Frieden und führt dann Krieg, sie erklärt den Krieg, schließt dann aber alsbald Frieden. Sie kämpft mit Macht für eine Sache, der sie anschließend wieder den Rücken kehrt. Erst unterstützt sie bestimmte Rechtspositionen, anschließend hilft sie bei deren Zerstörung mit. Man fällt mit Soldaten in ein Gebiet ein, um es zu erobern. Danach macht man sich wieder aus dem Staub, angeblich um der Rechte der Einwohner willen. Man schließt Freundschaft mit einem anderen Staat und kündigt sie wieder auf. Oder man wird Mitglied eines Bündnisses, das man dann wieder verlässt, um später erneut beizutreten. All das ist Politik und zwar gute, so gut zumindest wie die menschliche Schwäche es erträgt.“ Das Zitat, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann schon deswegen kein Kommentar zur aktuellen Regierungspolitik sein, weil diese Regierung keine Kommentare bekommt, in denen das Wort gute Politik vorkommt.

Dieses Zitat ist tatsächlich schon etwas älter, es stammt von Maurice Joly, einem französischen Anwalt, Volksredner und Journalisten, der im Jahr 1867, also vor 137 Jahren, das Handbuch des Aufsteigers verfasst hat. Seine Sicht der Politik ist ziemlich illusionslos. Und wie kommt es, dass Politiker angeblich so konsequent inkonsequent sein können? Oder stimmt das vielleicht heute nicht mehr? Maurice Joly verweist zur Begründung auf den natürlichen Hang der Menschen, all das zu vergessen, was einmal abgeschlossen ist, seien es nun Versprechungen oder Taten. Er

behauptet Pest, Hungersnot, Bankrott und Epidemien hinterlassen in der Erinnerung von einem Tag auf den anderen keine Spur. Und damit, so sagt er, rechnet die Politik. Sie kalkuliert die Schwächen, die Leidenschaften, die Vorurteile und die Irrtümer mit ein. Und wenn Joly, im Jahr 1867 wohlgerückt, diese politischen Fertigkeiten beschreibt, dann ist man erst einmal verduzt, weil man den Eindruck haben könnte, dass das unabhängig von Zeitläufen, von Staats- und Regierungsformen Gültigkeit haben könnte. Es ist, so sagt er von der Politik und von Wahlen, es ist wie bei der Jagd, wo man die Tiere immer mit der selben Falle fängt, vorausgesetzt sie ist leidlich gut aufgestellt.

Ist die Politik also das Terrain für Finten und Fallen, die man erfolgreich immer und immer wieder anwenden kann? Ist die Vergesslichkeit der Menschen wirklich so groß, wie Joly das behauptet? Und wenn der Tag der Wahl gern als der Tag der Wahrheit bezeichnet wird, was ist dann eigentlich mit den Tagen, Wochen und Monaten vorher und nachher?

Meine erste These lautet: Der Mensch ist, da hat Maurice Joly Recht, empfänglich für allerlei Versprechungen, und er ist zugleich ziemlich vergesslich. Er war aber noch nie so vergesslich wie heute, weil sich, die Medien sind schuld daran, noch nie so viele Eindrücke in so rascher Folge aufeinander gelegt haben. Die Bewertung einer Legislaturperiode gerät deswegen fast zu einer archäologischen Aufgabe. Nach kurzem Graben stößt man zum Beispiel auf einen Triumphanz Schröders. Das ist erst dreieinhalb Jahre her, als er die Union bei der Steuerreform so glänzend besiegt hat, dass man glaubte, der ewige Schröder sei angebrochen. Solche Ewigkeiten dauern aber heute allenfalls noch ein paar Wochen. Wer die politischen Zeitläufe der letzten Jahre betrachtet, der konstatiert so etwas wie eine Videoclipisierung der Politik. Die Sequenzen werden immer kürzer und immer hektischer. Die Parteien versuchen, den Clip, der dem Gegner schadet, anzuhalten und zu wiederholen, um so seine Wirkung nachhaltig zu steigern. Diesem Zweck, den Videoclip anhalten, dienen parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Sie dienen der Perpetuierung des vermeintlichen oder echten Skandals beim politischen Gegner.

Im Wahlkampf ist die neue Flüchtigkeit von Themen besonders deutlich. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es einen Wahlkampf gegeben, in dem Themen so schnell gekommen und so schnell wieder verschwunden sind wie im letzten Bundestagswahlkampf. Es war bis zum August 2002 so, als sei der Bundestagswahlkampf auf der Suche nach sich selbst. Er kam so ähnlich daher wie eine Modenschau, auf der die Models in rascher Folge allerhand präsentieren. Die Kleiderhaufen in der Wahlkampf Garderobe wurden immer größer, aber das Publikum konnte sich nicht zu einer Order entschließen. Andererseits ließ es sich aber auch von Stoiber nicht überzeugen, der im immer gleichen Outfit, nämlich dem immer gleichen „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ den Laufsteg auf- und abschrift. Das Publikum wartete darauf, dass irgend etwas passiert, und es passierte bekanntlich auch etwas. Aber es waren nicht die Inszenierer politischer Modenschauen, nicht die Kampas und Sprengs, sondern es waren erstens George W. Bush mit seiner Irakpolitik und zweitens bekanntlich der liebe Gott mit dem Hochwasser.

These zwei lautet also: Der herkömmliche Wahlkampf mit seinen Inszenierungsspektakeln garantiert keine Erfolge mehr. Diese Art des Wahlkampfs ist ausgereizt. Über diesen herkömmlichen Wahlkampf hat Rainer Barzel bekanntlich einmal gesagt, wenn einer im Wahlkampf zu schimpfen hat, sind es die Wähler, nicht die Politiker. Die Realität ist freilich anders, es schimpfen die Politiker, sie beschimpfen sich gegenseitig und eine Partei spricht der

anderen die Regierungsfähigkeit ab. So kommt es, dass der Wahlkampf landläufig entweder als politischer Klamauk abgetan oder als unanständige Verrichtung beschimpft wird. Der Vorgang, den das Wort Wahlkampf beschreibt, gilt zwar in regelmäßigen Abständen als notwendig, aber doch als eher schmutzig. In den Zeiten, in denen die meisten Wähler noch Stammwähler waren, konnte man diese mit Gebrüll gegen den politischen Gegner noch unterhalten und bei der Stange halten. Diese Zeiten änderten sich so etwa mit Franz Josef Strauß. In diesen alten Zeiten gelang es auch noch, Sympathisanten mit Wahlgeschenken, also für einen Apfel und ein Ei, gewogen zu halten. Auch das ist vorbei. Der alte Klamauk taugt nicht mehr, er garantiert keine Erfolge mehr, selbst wenn er besonders effektiv für die Medien inszeniert wird. Und da haben die Strategen großes Geschick, denken Sie daran, wie Parteitage kurz vor Bundestagswahlen inszeniert werden.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es künftig keine Inszenierungen mehr geben wird, aber man wird sich auf deren durchschlagende Wirkung nicht mehr verlassen können. Die Lehre könnte sein: eine neue Ernsthaftigkeit. Mit viel gutem Willen konnte man im letzten Wahlkampf schon ein bisschen etwas davon finden. Das Harz-Papier zum Abbau der Arbeitslosigkeit könnte man als verkapptes Schuldbekenntnis werten, weil es die Versäumnisse der Regierungspolitik einräumt. Die Berufung von Katharina Reiche als familienpolitische Sprecherin im Wahlkampfteam konnte man auch als zartes *nostra culpa* der Union bewerten, weil mit Katharina Reiche ein Familienbild präsentiert wurde, das weit weg lag von, „ich sage es einmal verkürzt, patriarchalischen Vorstellungen, wie sie in der Union immer noch präsent sind.

Wenn man dies als Eingeständnis von Defiziten bewertet, dann könnte das für zukünftige Wahlkämpfe bedeuten, der Wahlkampf könnte wie ein Akt der Läuterung daher kommen. Also zu einer Art Fegefeuer der Demokratie werden, indem die Parteien versuchen, sich trotz der offenkundigen Defizite ihrer Politik, die sie bekennen, für den Himmel zu qualifizieren.

These drei heißt: Es ist auch außerhalb von Wahlkämpfen eine Exzessivität der politischen Auseinandersetzung zu konstatieren, es gibt eine zunehmende Neigung zur Herabsetzung des politischen Gegners und zur superlativistischen Verdammung gegnerischer Politik.

Bonn ist nicht Weimar, hieß es bisher immer gern. Offensichtlich soll das für Berlin nicht mehr gelten. Es werden, wie ich meine, immer wieder ziemlich leichtfertig Vergleiche gezogen zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik. Aber nicht die bundesdeutschen Zustände, sondern allenfalls die bössartigen Vergleiche rechtfertigen den Vergleich. Politik mit Gift und Galle war Kennzeichen des politischen Kampfes in der Weimarer Republik und hat zu ihrem Untergang beigetragen. Die Gewalttätigkeit, die heute in der politischen Sprache Einzug gehalten hat, erinnert gelegentlich an die damaligen Maßlosigkeiten. Auch Kirchenführer haben sich davon anstecken lassen. Es war am zweiten Advent, als ein katholischer Kardinal die Familienpolitik der Familienministerin Renate Schmidt mit der von Margot Honecker in der DDR gleichgesetzt hat. Dabei ist, dachte ich mir, der Advent doch die Zeit der Besinnung, nicht die der Sinnlosigkeit.

These vier lautet: Die politische Großsprecherei, die Nassforschheit, der negativistische Superlativismus in der Auseinandersetzung korreliert mit der Wiederkehr des Grundsätzlichen in der Politik. Auf zahlreichen Feldern der Politik - Gesundheit, Rente, Steuern - sind fundamentale, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Es geht um den Abschied von den gewohnten und um den Aufbau von neuen Systemen. Die Scheu vor der Kraftanstrengung, die das erfordert, lässt sich eine Zeit lang durch Polterei und Kraftmeierei kaschieren. Das heißt: Eine zu beklagende

Rabaukenhaftigkeit im Ton der politischen Auseinandersetzung könnte auch Flucht und Ausdruck der Flucht sein vor harter Sacharbeit.

Zur These fünf: Die Aufgeregtheit und die Hysterie der politischen Szene könnte auch damit zu tun haben, und jetzt bin ich wieder bei meinem Urthema Politik und Medien, diese Aufgeregtheit der politischen Szene könnte also damit zu tun haben, dass die Medien sie erst schüren und dann in der Darstellung auch noch übertreiben. Der Drang oder die vermeintlichen Notwendigkeiten, Meldungen fortzuschreiben und weiter zu treiben, führt zu dem bekannten Nachrichten nach dem Muster „Streit verschärft sich“, „Streit spitzt sich zu“. Dabei ist die Zuspitzung nicht selten die eigene Leistung des diese Zuspitzung meldenden Organs.

Aber sehen wir einmal von den beiden neuen Berliner journalistischen Krankheiten ab, die ich angesprochen habe, diese Exklusiveritis und die Lust am Krakeelen, blicken wir auf die Funktionsweise moderner Medien. Medien arbeiten wie Mikroskope. Wir schauen mit immer größeren und mit immer mehr Mikroskopen auf die Politik und auf die Politiker. Das Auf und Ab eines Gesetzgebungsgangs, der ganz normale politische Wellenschlag wird auf diese Weise vergrößert und verzerrt. Aus dem normalen Wellenschlag wird eine tobende See. Aus einer ganz normalen Diskussion wird ein Streit, aus dem Hin und Her der Beratungen wird ein Gezerre, aus dem Gezerre wird ein Chaos. Die kleinen Bewegungen des politischen Betriebs werden zu großen Ausschlägen. Das Publikum verliert den Überblick. Es ist so ähnlich, als würde man bei einem Puzzle mit 10 000 Teilen ein paar einzelne Puzzlestücke ungeheuer genau betrachten und vergrößern. Der Wähler kann sie nicht mehr einsortieren in den Kontext. Er sieht das Bild nicht mehr. Das ist nur ein genereller Befund über den Einfluss von Medien auf die Wahrnehmung von Politik. Dieser Befund gilt aber nicht erst seit der Bundestagswahl, sondern schon seit Jahren.

Neu ist, wirklich neu ist nach der letzten Bundestagswahl, dass die politische Kraftrhetorik, wie sie früher im Wahlkampf und bei einzelnen Parlamentsdebatten üblich war, in jüngerer Zeit zur politischen Alltagssprache geworden ist. Der Vorwurf der Lüge oder der des Betrugers wird nicht nur wie früher im außerparlamentarischen, sondern jetzt auch im parlamentarischen Raum so inflationär verwendet, dass er in berechtigten Fällen seinen Wert verliert.

Das hat Einfluss auch auf die Art und Weise, wie sich Bürgerinnen und Bürger mit der Politik auseinandersetzen. Der cantus firmus in Leserbriefen, etwas, das ich täglich beobachte, wird giftig, oft auch böse und pöbelnd, nicht selten sogar in der Einleitung von Briefen, die dann durchaus sorgfältig argumentierend fortfahren. Es greift, so mein Eindruck, eine aggressive Unduldsamkeit um sich, für die die angeblich oder echt düstere Gesamtlage die vermeintliche Rechtfertigung bildet. Je schwärzer die Lage gemalt wird, umso maßloser darf man sein. Es handelt sich um Anzeichen eines Niedergangs der politischen Kultur, der vielleicht gefährlicher werden könnte als die schwierige Wirtschaftslage. Man kann das mit Ironie und Zynismus betrachten, wie das der eingangs zitierte Maurice Joly getan hat. Der hat 1868 festgestellt, dass man sich Parteien in einem Staat als bewaffnete Clans oder Stämme vorstellen muss, die zur Eroberung der Macht ausziehen. Eine sehr demokratische Vorstellung ist das freilich nicht. Es kann einem dazu auch Wilhelm Busch einfallen: Aber wehe, wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe. So steht das in Max und Moritz, und das Ende ist bekanntlich gar nicht heiter. Im siebten Streich landen die beiden in der Mühle, feingeschrotet und in Stücken. So möchte man die politische Kultur in Deutschland eigentlich nicht erblicken. Es ist also Zeit für eine Art Entgiftung der Politik, Zeit für verbale Abrüstung zu der sowohl die Medien als auch die Politik beitragen müssten.

Damit sind wir wieder bei unserem Thema Politik und Medien. Eine Zeit lang war es modern, dass Parteitage mit einer Presseschelte eröffnet werden. Es hat auch einen Parteivorsitzenden gegeben, der gerne vom Schweinejournalismus sprach. Ein anderer Parteivorsitzender hat gerne darauf hingewiesen, dass er ein großes Nachrichtenmagazin vollkommen ignoriere. Es schrieb halt nicht so, wie er es gerne gehabt hätte. Gegen die Pauschalurteile über die Medien möchte ich hier gar nicht anreden, aber ich möchte ein Wort sagen zu den landläufigen und mediengeschürten Pauschalurteilen über Politiker, weil sich meine oder unsere Branche an die Brust klopfen muss.

Raffgierig seien sie, die Politiker, heißt es da, unfähig, ein Raffkartell. Das Pauschalurteil ist auf gefährliche Weise falsch, auch wenn jeder in jeder Partei Beispiele, auf die er sich stützt, kennt. Und beinahe täglich kann man sich das Urteil vermeintlich bestätigen lassen. Lässliche Sünden und kleines Fehlverhalten werden zusammengerührt mit den echten Skandalen, die die Republik zu Recht erschüttert haben. Und Petitesse wie Buch- oder Vortragshonorare, die Politiker da und dort kassieren, gelten aus Beleg dafür, was man ohnehin schon zu wissen glaubt, nämlich: die Politik, die Politik, wie es dann gerne heißt, sei ein einziger großer Schweinestall.

Genährt wird solche Kritik von Leuten, die sich Parteienkritiker nennen, die behaupten, die Politiker hätten die Demokratie zum Nährboden für ihre Eigeninteressen gemacht und die von Politikern verlangen, was ansonsten nur von Mönchen und von Klosterschwestern verlangt wird, nämlich selbstlose Aufopferung und Hingabe. Politiker sollen, so heißt es, nicht von der Politik leben, sondern für die Politik. Sie sollen also so gut sein, wie man selber nicht ist. Und wenn Politiker nicht so edel, hilfreich und gut sind, wie man das gerne hätte, wenn es sich also herausstellt, dass sie so ähnlich sind wie ihre Wähler auch, dann redet man über sie so, verzeihen Sie den drastischen Ausdruck, als handle es sich um die Hausschweine der Demokratie.

Es ist also durchaus Zeit für einen Appell an meine Branche, es ist also durchaus Zeit für eine Verteidigung der Politik gegen ihre Verächter. Die Politik ist doch ein bisschen besser, als der Ruf, den wir, oder jedenfalls ein Teil von uns, über die Politik verbreiten. Wären zum Beispiel viele der Ignoranten, die den Politikern grassierende Faulheit vorwerfen, weil sie wieder einmal ein ziemlich leeres Parlament sehen, nur halb so fleißig wie diese, durch das Land würde ein Ruck gehen, wie sich ihn Präsident Roman Herzog gewünscht hat. Und wer wieder einmal davon schwadroniert, dass Politiker zu viel verdienen, der möge sich kurz vor Augen halten, dass der Chef vom Daimler das Gehalt eines Bundeskanzlers als Taschengeld betrachtet. Und ein Manager eines mittleren Betriebes würde es für eine Beleidigung halten, wenn man ihm ein Abgeordnetengehalt anbietet.

Zu konstatieren ist in der Mediendebatte über Politik, deswegen sage ich das hier so drastisch, eine hysterische Heuchelei. Die Leute erwarten von den Politikern, dass diese stellvertretend für sie moralisch sind. Und wenn sie es nicht sind, prügelt man sozusagen den Schurken in sich selbst. Das ist bequem. Die Ansprüche, die man selber zu erfüllen nicht in der Lage ist, sollen die Politiker einhalten. Sicherlich stimmt es, dass die alte Generalklausel, so etwas tut man nicht, keine Substanz mehr hat. Der Maßstab dafür, was man nicht tut, ist verloren gegangen. Und auf der Suche danach findet man und finden die Medien vor allem Belege für deren Verlust.

Da wird der Politiker gerne als Exempel hergenommen. Er liegt, wie gesagt, unter dem Vergrößerungsglas der Öffentlichkeit, und jeder der einmal mit einem Mikroskop gearbeitet hat,

der weiß, da kriegen auch Winzigkeiten ungewöhnliche Dimensionen. Und weil an den Rädchen, an denen die Vergrößerung eingestellt wird, nicht der Wähler dreht, sondern im Zweifel die Bild-Zeitung hat der Wähler auch kein Gefühl für den eingestellten Vergrößerungsfaktor. Alles erscheint ihm gleich ungeheuerlich. Und daher wird dann gerne, wenn über die Sauberkeit von Politik und Politikern geredet wird, die Legende vom preußischen Kammergerichtsrat beschworen. Der brave Mann habe, so lautet die Überlieferung, immer dann, wenn er in der Dämmerung die dienstlichen Akten beiseite legte, um einen Fachaufsatz zu schreiben, Charakterstärke gezeigt. Er habe nämlich dann das staatseigene Wachlicht gelöscht und dafür sein privates Lichtlein angezündet.

So ähnlich stellt man sich das heute gemeinhin auch vor, wenn es um Dienstwagen und Dienstflügen von Politikern geht. Nur ganz so simpel ist das halt nicht. Das Geschäft eines Spitzenpolitikers funktioniert etwas anders, als das des alten Gerichtsrates. Die Treue und die Redlichkeit eines Politikers zeigt sich nicht so sehr darin, ob er, um im Bild zu bleiben, das staatseigene Wachlicht löscht, sondern darin, was er in dessen Licht schreibt. Altbundespräsident Roman Herzog hat schon Recht, wenn er meint, in einer Demokratie sei es ein bisschen viel verlangt, dass das Volk ausgerechnet Leute wählen soll, die moralisch haushoch überlegen sind. Trotzdem ist es so, dass der Bürger hinlänglich Sicherheit haben soll, dass es in seinem Staat korrekt zu geht. Diese Sicherheit ist weg - wegen einer Reihe von Großskandalen, aber auch deswegen, weil von den Medien jeder Kleinkram skandalisiert wird. Es sind deshalb vertrauensbildende Maßnahmen notwendig, die den Wählern wieder Sicherheit geben, aber auch den Politikern selbst.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es geht um das Verhältnis von Journalisten und Politikern. Natürlich sitzen sie nicht in einem Boot, aber sie haben, und daraus resultieren die Gefährlichkeiten, ähnliche Interessen. Beide Berufsgruppen sind auf Außenwirkung angewiesen und beide messen ihren Erfolg an der Art und Weise, wie sie in der Öffentlichkeit dastehen. So kommt es, dass die beiden Typen Menschen, nämlich Politiker und politischer Journalist, im Großen und Ganzen passabel miteinander auskommen. Aber beim Verhältnis zueinander und auch in der Frage der Dominanz hängt sicherlich viel davon ab, ob es sich um einen Spitzenbänkler oder um einen Hinterbänkler handelt. Generell kann man sagen, der Erfolg des Einen ist meist nicht des Anderen Schaden. In der Biologie nennt man so etwas Symbiose: der Hai und sein Putzerfisch, das Nashorn und der Madenpicker. Nur manchmal weiß man nicht so genau, wer der Hai ist und wer der Putzerfisch. Ich danke Ihnen.